

**Titel** Haltung zeigen! Unser Aufschlag für eine menschliche Flüchtlingspolitik

**AntragstellerInnen** Jusos Heilbronn

**Zur Weiterleitung an**

angenommen

geändert angenommen

abgelehnt

---

## Haltung zeigen! Unser Aufschlag für eine menschliche Flüchtlingspolitik

- 1 Mit dem „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ unseres Bundesinnenministers und dem Flücht-
- 2 lingsdeal mit Libyen zeichnet sich für die SPD als Koalitionspartner eines ab, es wird Zeit
- 3 diese Koalition kritisch zu hinterfragen. Nicht jeder Kompromiss ist gut und nie ist es
- 4 richtig die eigenen Werte zu verwässern indem man versucht eine gewisse Arbeitsfähig-
- 5 keit vorzuspielen.
- 6 Anstatt längst überfällige Maßnahmen zur Bekämpfung von langfristigen Fluchtursa-
- 7 chen durchzusetzen, zeigt die Union schon wieder ihren Hang zu kurzfristigen und nicht
- 8 weit gedachten Maßnahmen, um wieder am rechten Rand zu fischen.
- 9 Problematischer ist aber, dass die SPD als Regierungspartei diese Entscheidungen
- 10 grundsätzlich mittragen muss. Dies kann nicht der Anspruch als stolze Partei sein, die
- 11 sich Solidarität als Grundwert gegeben hat.
- 12 Deshalb fordern wir
- 13 **Ablehnung des „Geordneten-Rückkehr-Gesetz“** Als Sozialdemokrat\*innen müssen
- 14 bei uns alle Alarmglocken klingeln. Das Bundeskabinett hat kürzlich das “Zweite Gesetz
- 15 zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht beschlossen“. Dieses Paket beinhaltet
- 16 Maßnahmen, die die Ausweisung von Flüchtlingen vereinfachen und beschleunigen soll.
- 17 Wir fordern dabei, dass wir uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass aufgrund der fol-
- 18 genden Punkte, das gesamte Gesetz abgelehnt wird oder dass folgende Punkte für die
- 19 Grundlage eines Kompromisses rote Linien darstellen, die gestrichen werden müssen.
- 20 • Abschiebeshaft
- 21 • Ausschluss von Integrationsmaßnahmen bei Flüchtlingen, die nicht bei der Offen-
- 22 legung der Identität mitwirken (können).

- 23 • Die Verwässerung des Spurwechsels und der 3+2 Regelung für Flüchtlinge, durch  
24 die sogenannte „Beschäftigungsduldung“. Für diese muss eine Duldung mindes-  
25 tens für 12 Monate bestehen oder bestanden haben. Flüchtlinge, die während  
26 dieses Zeitraums eine Beschäftigung haben, würden dabei trotzdem mindestens  
27 ein Jahr permanent der Gefahr der Abschiebung ausgesetzt werden.
- 28 • Kriminalisierung von Flüchtlingshelfer\*innen, die Flüchtlinge über deren Abschie-  
29 betermin informieren.

30 **Aufkündigung des Flüchtlingsdeals mit Libyen** Es ist für einen Träger des Friedensno-  
31 belpreises wie die EU untragbar mit Despoten zusammenzuarbeiten. Wenn Italien die  
32 libysche Küstenwache dabei unterstützt Flüchtlinge wieder zurück nach Libyen zu brin-  
33 gen, wo sie unter schlimmsten Bedingungen leben müssen und die EU von den Men-  
34 schenrechtsverletzungen weiß, aber nichts unternimmt, dann sind dies Zustände, die  
35 wir als SPD nicht mittragen dürfen.

36 Wir fordern deswegen die Aufkündigung der Vereinbarung und stattdessen, dass die-  
37 se Flüchtlinge nach einem Verteilungsschlüssel in Europa Zuflucht finden können. Wir  
38 fordern, dass die Flüchtlingslager in Libyen entlastet und im besten Fall dadurch ganz  
39 aufgelöst werden können. Darüber hinaus hat die Europäische Union gezeigt, dass sie  
40 kein würdiger Träger des Friedensnobelpreises ist. Wir fordern deshalb auch die Rück-  
41 gabe des Preises.

42 **Faire Chancen und Perspektiven schaffen!** Wir begrüßen aber dennoch den von der  
43 SPD eingeleiteten Spurwechsel. Mit der 3+2 Regelung können gut integrierte Flüchtlin-  
44 ge eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten, wenn sie eine Ausbildung beendet haben  
45 und zusätzlich gearbeitet haben. Dennoch kann die Integration aus mehreren Gründen  
46 scheitern. Wir möchten, dass Grundlagen geschaffen werden für eine gelungene Inte-  
47 gration.

48 Deshalb fordern wir:

- 49 • Die garantierte Förderung eines Sprachkurses für den Erwerb der Grundlagen der  
50 deutschen Sprache. Die Angebote zur Deutschförderung müssen deshalb ausge-  
51 weitet werden.
- 52 • Bereitstellung und Förderung von psychosozialen Betreuungsdiensten, da Ge-  
53 flüchtete oft traumatische Erlebnisse verarbeiten müssen. Hier wäre die Einrich-  
54 tung einer bezahlten Weiterbildungsmaßnahme für Ehrenämter sinnvoll, die zu-  
55 mindest einen Grundbedarf decken könnte und Therapeuten zuarbeiten. Die Ent-  
56 lastung durch Übernahme ganzer Arbeit lehnen wir aber ab.
- 57 • Anreize für Unternehmer\*innen zu schaffen, Geflüchtete als Praktikanten aufzu-  
58 nehmen und Arbeitserprobungen in verschiedenen Tätigkeitsfeldern zu ermögli-  
59 chen.

60 **Versteht niemand, auch Einheimische nicht** Für Einheimische schwer, für Geflüchte-  
61 te, oder Migrant\*innen ohne Hilfe fast unmöglich: der Behördengang. Vielfach scheitert  
62 es an der Sprache und kulturellen Differenzen. Dies ist bekannt und die Arbeit solchen  
63 Menschen zu helfen wird an ehrenamtliche Helfer\*innen ausgelagert. Dadurch kann es  
64 zu Überlastung kommen und eine verpasste Frist, wegen einer falschen Beratung kann  
65 nicht nur ärgerlich, sondern auch existentiell entscheidend sein.

66

67 Deshalb fordern wir:

- 68 • Jedes Formular muss auch in einfacher Sprache verfügbar sein.
- 69 • Englisch und andere Sprachen sollen als Muster zur Verfügung gestellt werden,  
70 die nicht ausgefüllt, aber die der Übersetzung dienen können.
- 71 • Jeder Mitarbeitende soll eine Schulung zur Interkulturellen Sensibilisierung ange-  
72 boten bekommen. Zusätzlich sollen hauptamtliche Betreuer\*innen zu Verfügung  
73 gestellt werden, die bei Behördengängen helfen, dabei ehrenamtliche Helfer\*in-  
74 nen entlasten und ggf. auch Schulungen für diese anbieten.

75 *Begründung*

76 Erfolgt mündlich.